

Teams werden wollen. Denn das führt zu einer Win-win-Situation und zu beidseitiger Zufriedenheit. Generell ist das Feedback auf beiden Seiten sehr gut. Fachlich ist ein solides befriedigend als Note des ersten Staatsexamens begrüßenswert. Aber es kommt natürlich immer auf das Gesamtpaket an. Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift sind ebenfalls Voraussetzung, weil sie wesentlich für unsere Arbeit hier sind.

Was sind typische Aufgaben von Referendarinnen?

In der Regel machen Referendarinnen recht anspruchsvolle Recherchearbeiten zur Vorbereitung von Gesetzesvorhaben. Sie können auch mit rechtsvergleichenden Studien betraut werden. Außerdem kann es sein, dass Referendarinnen Sitzungen aller Art – sei es im Rat oder mit Generaldirektionen – vor- und nachbereiten und entsprechende Protokolle schreiben. Es liegt uns viel daran, unsere Referendarinnen voll in unser Team einzubinden, damit sie sich auch als Teil des Ganzen fühlen. Bislang haben wir immer sehr gutes Feedback bekommen.

Sind spezielle Vorkenntnisse erforderlich?

Sprachlich ist es – wie bereits erwähnt – unabdingbar, dass gute Englischkenntnisse vorhanden sind. Französisch ist von Vorteil, aber nicht zwingend.

Fachlich braucht man keine speziellen Vorkenntnisse. Grundkenntnisse im Europarecht und über die europäischen Institutionen sollten jedoch vorhanden sein. Wenn man in einem bestimmten Bereich arbeiten möchte, ist es hilfreich, dort auch entsprechende Kenntnisse zu haben.

Außerhalb von OLAF – was macht Brüssel in Ihren Augen lebenswert?

Hier in Brüssel ist man/frau viel im europäischen Kontext unterwegs. Diese Vielfalt empfinde ich als Bereicherung. Brüssel ist eine sehr lebendige Stadt und hat kulturell und architektonisch viel zu bieten. Es lohnt sich auch, Belgien zu erkunden. Belgien ist ein schönes Land und die Wege sind kurz. In weniger als zwei Stunden ist man am Meer und Ausflüge in die Wallonie und nach Flandern sind lohnenswert. Es gibt viele Kunststädte und Natur zu entdecken.

Was raten Sie Referendarinnen, die eine Station in Brüssel machen wollen?

Jede hat eine bestimmte Vorstellung und Wünsche, wie die Stage ablaufen soll. Deshalb ist es wichtig, ein Vorgespräch zu führen. Das kann einerseits mit mir sein, andererseits aber auch mit Referendarinnen, die schon hier waren.

Sonst kann ich nur empfehlen, dass man – wenn man dann hier in Brüssel ist – mit offenen Augen durch die Stadt läuft und alle Möglichkeiten mitnimmt, die sich einem hier bieten. Es gibt immer viele Einladungen in der „European bubble“, man lernt schnell Kolleg*innen kennen und kann sich hier problemlos vernetzen. Auch die djB-Regionalgruppe in Brüssel bietet sich dafür sehr gut an. Ich würde mich auch freuen, wenn sich die djB-Referendarinnen der Europäischen Juristinnenvereinigung (EWLA) anschließen würden.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

DOI: 10.5771/1866-377X-2020-1-12

Meine Referendariatsstation – Schlaglichter von djB-Mitgliedern

Ihr sucht noch Inspiration für eine Referendariatsstation im In- und Ausland? In den folgenden Kurzberichten werfen einige Junge Juristinnen Schlaglichter auf Stationen, die sie euch besonders empfehlen möchten. Die Autorinnen stehen gerne für Fragen zu den jeweiligen Stationen bereit.

Staatsanwaltschaftsstation im Bereich LSBTI Hasskriminalität, Berlin

Lucy Chebout (lucy.chebout@raue.com)

Eine djB-Kollegin hatte mich darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der Berliner Staatsanwaltschaft eine Sonderzuständigkeit für LSBTI Hasskriminalität gibt. Im Fokus stehen Straftaten, die sich gegen schwule, lesbische, trans* oder inter* Personen richten bzw. Straftaten, bei denen eine homo-, trans*- oder inter*-feindliche Gesinnung der Täter*innen vorliegen könnte.

Der Arbeitsbereich ist in der Abteilung für Sexualdelikte angesiedelt. Im Tagesgeschäft kommen Fälle von LSBTI Hasskriminalität zwar regelmäßig vor, machen aber eher den kleineren Teil der Arbeit aus. Da bei den LSBTI-bezogenen Straftaten nicht nach Delikten unterschieden wird, habe ich Akten aus verschiedenen Bereichen bearbeitet, z.B. Raub oder Betrug. Der überwiegende Teil der Aktenarbeit besteht aber tatsächlich aus Sexualstrafrecht – das sollte man bei der Wahl der Station bedenken.

Bei Interesse lohnt es sich, mit reichlich Vorlauf (mindestens drei Monate) vor Stationsbeginn bei einer der beiden Ansprechpersonen für LSBTI Hasskriminalität bei der Berliner Staatsanwaltschaft anzurufen und einen Platz zu sichern.

Ich hatte einen tollen Vorgesetzten und habe die Arbeit in der Abteilung als sehr engagiert und kollegial erlebt. Neben der Aktenarbeit konnte ich verschiedene Staatsanwält*innen zu Gerichtsterminen und zu Diskussionsveranstaltungen mit LSBTI

Community-Akteur*innen begleiten. Außerdem habe ich die korrespondierende Arbeit der Berliner Polizei kennengelernt. Insofern hat die Station für mich auch dazu beigetragen, einige Vorurteile gegenüber den Strafverfolgungsbehörden zu korrigieren.

Referendariatsstation im Bundesministerium

Dr. Anna Lena Götsche (algoettsche@rewi.hu-berlin.de)

Um es gleich vorwegzunehmen: Ministerium ist nicht gleich Ministerium, das gilt auf Landes- wie auf Bundesebene. Ich habe mit gleich zwei bundesministerialen Stationen – Verwaltungsstation im Familienministerium (BMFSFJ) und Wahlstation im Justizministerium (BMJV) – unterschiedliche Häuser kennengelernt und erfahren, dass jedes Ministerium so seine „Eigenarten“ hat. Eine große Rolle spielt dabei natürlich die politische Färbung, aber ganz gewiss auch die disziplinäre Zusammensetzung der Mitarbeitenden. So ist etwa das Justizministerium zum großen Teil juristisch besetzt, während im Familienministerium auch viele Referent*innen mit politik- oder sozialwissenschaftlichem Hintergrund arbeiten.

Worin sich die Ministerien ähneln/gleichen sind die hierarchischen Behördenstrukturen, auf deren Einhaltung großen Wert gelegt wird und in die ich als Referendarin aufschlussreiche Einblicke bekommen habe.

Am spannendsten war jedoch die inhaltliche Arbeit, für die all-gemeingültige Aussagen nicht möglich sind, variiert sie doch nicht nur je nach Haus, sondern darüber hinaus auch nach Abteilung, Unterabteilung, Referat – und unter Umständen schließlich, dann aber nicht weniger wesentlich, nach dem Zeitpunkt der Ausbildung.

So konnte ich beispielsweise im BMFSFJ-Referat „Schutz von Frauen vor Gewalt“ (Abt. 4) sämtliche Hürden und Herausforderungen in der Umsetzung eines neuen Gesetzes miterleben, das ein Jahr zuvor in Kraft getreten war. Eine Aufgabe bestand dementsprechend in der Beantwortung von Länderanfragen, in denen – mangels Rechtsprechung oder Literatur – um Unterstützung bei der Auslegung des Gesetzes gebeten oder auf Schwierigkeiten hinsichtlich der gesetzlichen Anforderungen an die kommunale Infrastruktur aufmerksam gemacht wurde. Auch im zuständigen Bund-Länder-Gremium, an dem ich in meiner Stationszeit mehrere Male teilnehmen und mitwirken durfte, wurden Details zur Umsetzung ausgehandelt.

Im Referat „Menschenrechte“ in der öffentlich-rechtlichen Abteilung IV des BMJV konnte ich wiederum miterleben, wie sich die Regierung in Verfahren vor dem EGMR verteidigt, was mir spannende verfahrensrechtliche Einblicke und gleichzeitig die Beschäftigung mit materiellrechtlichen Fragen in unterschiedlichsten Rechtsgebieten gewährt hat. Daneben war auch hier Gremienarbeit Bestandteil meiner Tätigkeit, nämlich dort, wo die Bundesregierung in der Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards steht.

In beiden Referaten habe ich uneingeschränkt positive Erfahrungen mit meinen Ausbilderinnen gemacht, die für mich immer ansprechbar waren. Sie haben mir gleichzeitig viel zugetraut, nicht nur in Zusammenhang mit der Beantwortung schwieriger Rechtsfragen, sondern etwa auch bei der Vertretung des Referats in in- und aushäusigen Gremiensitzungen.

Wahlstation bei der Landtagsfraktion von Bündnis90/ Die Grünen im Bayerischen Landtag, München

Dr. Lena-Sophie Deißler (Bei Interesse an dieser Station schreibt an beisitzerinnen@djb.de, wir stellen den Kontakt gerne her.)

In der Wahlstation hatte ich endlich die Möglichkeit, wirklich selbst zu entscheiden, an welcher Stelle ich meine Arbeitskraft einbringe. Aufgrund meines Interesses an Politik wollte ich diese Station bei einem politischen Akteur verbringen: reinschnuppern dort, wo politische Entscheidungen getroffen und Gesetze entworfen und beschlossen werden.

Meine Aufgabe bestand in der Unterstützung der Justiziar*innen der Fraktion und war entsprechend vielfältig: Ich konnte zu rechtspolitischen Themen forschen, diese Ergebnisse in den fachlichen Diskussionen mit Abgeordneten einbringen, beim Entwurf von Gesetzentwürfen mitwirken oder Ausschusssitzungen zu rechtlichen Themen vorbereiten.

Beworben habe ich mich einige Monate im Vorfeld direkt bei den Justiziar*innen der Landtagsfraktion. Diese sind in der Regel Volljurist*innen und dürfen deshalb auch die Ausbildung übernehmen. Ich erhielt viele Freiheiten und konnte selbst entscheiden, mit welchen Bereichen ich mich vertieft befassen wollte. Ich wollte gerne möglichst viel mitnehmen und war daher – außer bei den Ausbildungseinheiten des Referendariats – täglich anwesend. Dafür erhielt ich eine entsprechende Aufwandsentschädigung.

Eine Station bei einer Landtagsfraktion würde ich allen empfehlen, die Politik direkt erleben wollen. Besondere Vorkenntnisse sind nicht nötig, wohl aber die Lust sich schnell in sehr verschiedene Themen einzudenken. Justizpolitik ist nicht auf ein Rechtsgebiet festgelegt und entsprechend breit muss man beraten. Gerade diese Vielseitigkeit macht die Wahlstation aber so empfehlenswert.

Wahlstation beim Women's Legal Centre in Kapstadt, Südafrika

Carolín Fretschner (carolin.fretschner@jura.uni-freiburg.de)

Während meiner Wahlstation beim Women's Legal Centre in Kapstadt, Südafrika, habe ich einen sehr persönlichen Eindruck davon bekommen, wie man durch juristische Arbeit und strategische Prozessführung die Gleichberechtigung von Frauen in Südafrika vorantreiben kann. Die südafrikanische Verfassung gewährleistet ein hohes Schutzniveau für Frauen und dennoch sind viele Südafrikanerinnen Diskriminierung und Ungleichbehandlung ausgesetzt. Die Gewalt gegen Frauen ist extrem hoch, die Durchsetzung reproduktiver Rechte gestaltet sich als schwierig und im Scheidungsfall oder beim Tod ihres Partners sind Frauen – gerade bei muslimischen Ehen oder Ehen nach Stammesrecht – häufig nur unzureichend finanziell abgesichert. Das Women's Legal Centre ist mit 13 Mitarbeiterinnen eine kleine, aber beeindruckend durchsetzungsfähige Frauenrechtsorganisation, die regelmäßig an bedeutenden Verfahren auch vor dem südafrikanischen Verfassungsgericht beteiligt ist. Meine Aufgaben während der Station waren vielfältig: Ich habe rechtsvergleichend recherchiert, Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben verfasst und die Anwältinnen zu Gerichtsterminen begleitet. Ar-

beitssprache war Englisch; besondere juristische Vorkenntnisse waren nicht erforderlich. Ein Gehalt wurde nicht bezahlt, dafür konnte ich Urlaubszeiten individuell vereinbaren. Eine Station am Women's Legal Centre kann ich vollumfänglich empfehlen. Durch meine Arbeit habe ich einen tiefen Einblick in die südafrikanische Gesellschaft bekommen und hatte das Gefühl, dass ich mich mit meinen juristischen Fähigkeiten aktiv für die Gleichberechtigung von Frauen einsetzen konnte.

Wahlstation bei der Europäischen Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Referat Gleichstellung der Geschlechter
Nora Wienfort (nora.wienfort@rewi.hu-berlin.de)

Gleichstellungspolitik der EU, das gibt es? Ja! Häufig genug ist die EU Vorreiterin im Antidiskriminierungsrecht. So basiert das AGG weitgehend auf europäischen Richtlinien. Mit diesen arbeitete ich immer wieder, z.B. beim Beantworten von Bürgerpetitionen und im Rahmen des Umsetzungsmonitorings. Daneben verfolgt das Referat u.a. Kampagnen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für die Reduzierung der Lohnungleichheit. Die Station bot mir sehr abwechslungsreiche Aufgaben vom Schreiben von Stellungnahmen der Kommission zu einschlägigen EuGH-Verfahren über die Teilnahme an den sog. Trilog-Verhandlungen und an Ausschusssitzungen des Parlaments zu Fachveranstaltungen mit NGOs und Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe mit fast allen Mitarbeitenden des Referats zusammengearbeitet und so Einiges über unterschiedliche Herangehensweisen von Jurist*innen und Nichtjurist*innen z.B. aus Estland, Spanien, Polen und Belgien gelernt.

Bewerben sollte man sich ca. ein Jahr im Voraus. Als *stagiaire atypique* wird man von der Kommission nicht bezahlt. Die Urlaubsregelungen sind recht streng und werden im Referat auch ebenso angewendet – zwei Tage Urlaub/Monat bei einer Fünftagewoche. Doch das ist es wert:

Die Station bietet eine großartige Möglichkeit, Begeisterung für das europäische Projekt mit dem Engagement für Gleichstellung zu verbinden und einen Überblick über die Funktionsweise europäischer Institutionen zu erhalten. Man arbeitet vor allem auf Englisch, trotzdem sollte man sich auf Französisch zumindest verständigen können. Besondere europa- oder antidiskriminierungsrechtliche Vorkenntnisse sind nicht nötig. Neben der Arbeit sind sowohl der Einblick in die „Brussels bubble“ der Internationals als auch in den entspannten belgischen *way of life* sehr lohnenswert.

Anwaltsstation bei Rechtsanwältin Christina Clemm, Berlin
Jenny Barthel (bartheljenny@web.de)

Christina Clemm ist Anwältin für Familien- und Strafrecht, in letzterem als Strafverteidigerin und Nebenklagevertreterin. In den Nebenklagefällen ging es fast ausschließlich um Fälle von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, also die gesamte Bandbreite an sexualisierter Gewalt (etwa auch Kindesmissbrauch) wie auch häusliche Gewalt. Nicht jedes Gespräch in diesem Bereich konnte ich begleiten, aber viele Betroffene haben sich doch bereiterklärt, mich zuhören zu lassen – diese Stärke hat mich sehr beeindruckt.

Die Möglichkeit, eine so engagierte Nebenklagevertreterin in ihrem Berufsalltag zu erleben, ist auf jeden Fall eine der Besonderheiten der Station. Die Nebenklagevertretung war mir vorher noch fremd und die Erfahrungen damit für mich besonders wertvoll. Ansonsten ist neben Strafverteidigung und Familienrecht Teil der Station natürlich noch der ganz normale Kanzleialltag: Gerichtstermine, Schreiben an die Staatsanwaltschaft usw.

Potenzielle Referendarinnen sollten sich vor allem fragen: Bin ich in der Lage, mit (sexualisierter) Gewalt konfrontiert zu werden? Im Übrigen war die Station unbezahlt, dafür hat Frau Clemm mir aber auch sehr viel Freiraum gegeben, mit welchen Fällen ich mich wie intensiv beschäftigen möchte. Das erfordert ein gewisses Maß an Eigeninitiative, die man mitbringen sollte. Beworben habe ich mich gut ein halbes Jahr im Voraus.

Ich kann die Station allen empfehlen, die sich für den Bereich interessieren: Ich habe unglaublich viel über die Arbeit als Anwältin gelernt, sowohl in Bezug auf die (manchmal harten) rechtlichen Fakten, aber auch in Bezug auf die zwischenmenschlichen Fähigkeiten, die für den Umgang mit den Akteur*innen in einem Gerichtsverfahren, nicht zuletzt mit der eigenen Mandantschaft, unerlässlich sind.

Wahlstation am Bundesverfassungsgericht, Dezernat Prof. Dr. Dres. h. c. Andreas Voßkuhle
Dr. Ruth Weber (ruth.weber@rewi.hu-berlin.de)

Letzten Sommer verbrachte ich meine Wahlstation in Karlsruhe – eine einmalige Chance, die Arbeitsweise des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von innen zu erleben. Ich arbeitete im Dezernat des Präsidenten des BVerfG mit, welches u.a. für das Recht des öffentlichen Dienstes und das Parlamentsrecht zuständig ist. Referendar*innen am BVerfG begutachten, ähnlich wie die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, hauptsächlich Verfassungsbeschwerden auf ihre Erfolgsaussichten. Bei dieser Arbeit war ich eng in das Dezernat eingebunden. Ein besonderes Highlight war die mündliche Verhandlung zu den EZB-Anleihekäufen, die während meiner Zeit stattfand. Lohnenswert war es auch, zu Verhandlungen oder Vorträgen am Bundesgerichtshof zu gehen. Karlsruhe ist die Justizmetropole. Wer sich also für eine Karriere in der Justiz interessiert, ist dort am richtigen Platz.

Eine Station am BVerfG lohnt sich für alle, die sich für Verfassungsrecht begeistern. Je nachdem, wo die eigenen Interessen liegen, macht es Sinn, sich die Geschäftsverteilung genauer anzusehen und sich gezielt bei einem Dezernat zu bewerben. Die Erfolgchancen für eine Bewerbung hängen meines Erachtens zum einen von den Kapazitäten am Gericht, zum anderen von den verfassungsrechtlichen Vorkenntnissen ab.

Die Arbeitsatmosphäre am BVerfG ist einmalig. In keiner Station habe ich mich so gefreut, morgens zur Arbeit zu gehen. Der Sommer in Karlsruhe bedeutete für mich darüber hinaus auch eine angenehme Abwechslung zum Großstadttreiben in Berlin: Der „Dritte Senat“ organisiert eine ganze Reihe von Freizeitaktivitäten – vom Philosophie-Lesekreis zum Bouleturnier, von Radtouren zu Weinproben. Karlsruhe hat einen nicht zu unterschätzenden Erholungswert, ein paar schöne Schwimmbäder und ist nah an der Natur.

Verwaltungsstation bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Selma Gather (sgather@fu-berlin.de)

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) unterstützt auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Personen, die Diskriminierung erfahren haben, betreibt Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit und Forschung. Referendar*innen werden in der Regel entweder im Referat „Forschung und Grundsatzangelegenheiten“ oder „Beratung“ eingesetzt. Möglich ist auch, die dreimonatige Station je zur Hälfte in beiden Referaten zu verbringen.

Auf meinen Wunsch verbrachte ich die gesamte Stationszeit im Beratungsreferat. Dort beantwortete ich meist schriftliche Anfragen von Menschen, die das Gefühl hatten, diskriminiert worden zu sein. Die ADS liefert i.d.R. eine erste rechtliche Einschätzung, ob der betroffenen Person Rechte nach dem AGG zustehen und wenn ja, wie diese Rechte durchgesetzt werden können. Dabei ergaben sich durchaus schwierige, ungeklärte und grundsätzlichere Rechtsfragen, deren Beantwortung bisweilen einen Vermerk wert waren. Gelegentlich habe ich mit Einverständnis der Petent*in die Gegenseite zur Stellungnahme aufgefordert und die Prozesse verfolgen können, die nach dem Tätigwerden der ADS angestoßen wurden. Die Arbeitszeit belief sich auf drei Tage pro Woche.

Wer Lust hat, das AGG „in Aktion“ zu erleben, kann bei der ADS viel mitnehmen. Je nach eigenem Interesse können Referendar*innen auch von den vielen spannenden Veranstaltungen profitieren, die die ADS (mit)veranstaltet. Die Beratungsarbeit vermittelt einen guten Eindruck von den Potentialen und Grenzen des AGG in der Praxis. Wen das interessiert – und wer dafür auf klassisches Verwaltungsrecht „in Aktion“ verzichten kann – findet in der ADS eine gewinnbringende Station mit sehr angenehmem Arbeitsklima.

Verwaltungsstation bei der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg, Stabsstelle Gleichstellung und geschlechtliche Vielfalt

Dana-Sophia Valentiner (Dana.Valentiner@hsu-hh.de)

Die Stabsstelle Gleichstellung und geschlechtliche Vielfalt ist in Hamburg bei der Behörde für Wissenschaft, Forschung und

Gleichstellung eingerichtet, um Gleichstellungsfragen in allen Bereichen der Verwaltung in den Blick zu nehmen. Eine Besonderheit der Bearbeitung gleichstellungsfachlicher Themen liegt darin, dass in der Stabsstelle die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung übergreifend und im ständigen Austausch der Referent*innen bearbeitet werden. Die Referent*innen geben Einschätzungen zu Gesetzesvorhaben ab und prüfen Drucksachen aus gleichstellungsfachlicher Sicht. Die Stabsstelle begleitet zudem zivilgesellschaftliche Projekte, die Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit bieten und den Belangen und Interessen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen dienen.

Ich habe mich während der Station mit Fragen aus dem Verwaltungs-, Verfassungs- und Gleichstellungsrecht beschäftigt und erhielt Einblicke in ganz unterschiedliche Themenbereiche von Entgeltgleichheit und Entgelttransparenz über die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung im Sport, die personenstandsrechtliche Änderung des Geschlechtseintrags von trans* und inter* Personen bis zur Implementation von geschlechtergerechter Rechts- und Verwaltungssprache.

Die Station hat mir gezeigt, welche vielversprechenden Instrumente und Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Hamburg bereits existieren und welche Möglichkeiten sich für Jurist*innen in der Verwaltung bieten, um an ihrer Fortführung mitzuwirken. Die Station hat mir aber auch einige Hürden aufgezeigt, die Gleichstellungspolitik hemmen können: Die Gleichstellungsstelle ist personell knapp besetzt. Grundlegende Gleichstellungsaufgaben sind in der hamburgischen Verwaltung verstreut (für das Hamburger Gleichstellungsgesetz ist etwa das Personalamt zuständig).

Die Station bietet vielseitige Aufgaben und die Gelegenheit, schon als Referendarin ins fachliche Gespräch mit den beteiligten Akteur*innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu kommen. Eine absolut empfehlenswerte Station, nicht nur für Hamburger*innen!

DOI: 10.5771/1866-377X-2020-1-15

Referendariat mit Kind – ein Plädoyer für mehr Mut

Alicia Pointner

Ansprechpartnerin der Jungen Juristinnen Heidelberg, Rechtsreferendarin am LG Heidelberg

Sechs Uhr und der Wecker klingelt. Ich quäle mich aus dem Bett und spüre beim Aufstehen meinen unausgeruhten Körper, weil einmal mehr eine Nacht mit weniger als sechs Stunden Schlaf vorüber ist. Schnell vergesse ich jedoch das Ziehen und

Zwicken, wenn sich mein Fokus, wie jeden Morgen, auf den kleinen Menschen und treuen Begleiter an meiner Seite richtet: Louis, mein Sohn.

Er weiß nicht, dass ich am Abend zuvor, in der Zeit seitdem er zu Bett ging bis nach Mitternacht, an dem von mir auszuarbeitenden Urteil gesessen, im Internet neue Kleidung für ihn bestellt, seinen Rucksack für den Kindergartenausflug gepackt, das Geschirr gespült, im Wohnzimmer das durch die voran-